

Das sagt die AfD zum Thema Sicherheit

Nachdem die in den Hanauer Stadtverordneten vertretenen Alt und Splitter-Parteien letzte Woche fast gleichlautende Erklärungen abgegeben haben, meldet sich nun die Alternative für Deutschland noch einmal zu Wort.

Bestärkt durch die Bürgerbeteiligung an unserer Mahnwache möchten wir als mit 14,8% drittstärkste Hanauer Kraft wie folgt Stellung nehmen:

Die Hanauer Taten sind durch kommunale Entscheider kaum zu beeinflussen. Auch teure und die Bürgerrechte einschränkende Maßnahme wie die Videoüberwachung sind rein kosmetische Beruhigungspillen.

Die Häufung und die Intensität der Gewalt, können nur im bundesweiten Gesamtbild gesehen werden. Erst dann werden die Zusammenhänge der Einzelfälle deutlich, und damit welchen Rückschritt die Gesellschaft genommen hat. Die Ausbrüche barbarischer, mörderischer Gewalt in Einzelfällen, genauso wie die alltägliche Gewalt gegen Einsatzkräfte, Grundschullehrerinnen und Fußballschiedsrichter zeigen ein patriarchales Menschen- und Frauenbild, dass wir glaubten in Mitteleuropa überwunden zu haben. Um ein lebenswertes Umfeld zurück zu bekommen, wäre es ein notwendiger erster Schritt zunächst das Fortschreiten von Verrohung und Respektlosigkeit zu stoppen. Erst dann ist eine kulturelle Rückbesinnung auf mitteleuropäische Werte von Vernunft und Aufklärung möglich.

In diesem Sinne schlägt der AfD Ortsverband folgende konkrete Maßnahmen vor:

1) Überstunden der Polizeikräfte ausbezahlen

Wir halten es für nicht hinnehmbar, dass in Hanau Polizisten Dienst tun, die 1000 Überstunden angehäuft haben, und so der Landesregierung einen Kredit von einem halben Jahresverdienst zinslos stunden.

2) Politische Polizeiführung austauschen

Wenn der örtliche Polizeidirektor, den so einfachen Zusammenhang zwischen den Straftaten nicht sehen will und weiter beschwichtigt, sollte man einem aufgeschlossenerem Beamten eine Chance geben.

3) Gesetze verschärfen

Wenn es wirklich rechtens ist, dass ein Täter der seinen Schwager mit dem Auto anfährt und danach mit einem Messer lebensgefährlich verletzt, nicht in Haft kommt, sollte der Wähler die Gesetze dem Volksempfinden angleichen.

4) Grenzen schließen und Grundgesetz Art 16a wieder respektieren

Da einige Täter nur aufgrund illegaler Zuwanderung bei uns sind, wäre die erste Präventionsmaßnahme weitere Zuwanderung ins Justizsystem zu unterbinden.

5) Rückführungszentren

Illegale Einwanderer, die trotz einer Grenzschließung deutschen Boden erreichen, sollten in Rückführungszentren nach bayerischem Vorbild untergebracht werden.

6) Schaffung von Abschiebehäftplätzen

Aktuell gibt es in Hessen keine Plätze für Abschiebehäftlinge. Diese Personen werden auf Kosten der Hessischen Steuerzahler für hohe Summen nach Rheinland Pfalz überführt.

7) Feststellung des Alters von Straftätern

Solange bis alle illegalen Zuwanderer einer verbindlichen Altersfeststellung zugeführt werden, ist zumindest bei Straftätern die Volljährigkeit regelhaft zu überprüfen.